

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 22.03.2018  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:28 Uhr  
Ort, Raum: Stadthalle, Wittastraße 5, 36251 Bad Hersfeld

### **Anwesend:**

#### **Mitglieder**

Herr Lothar Seitz  
Herr Dr. Daniel Faßhauer  
Herr Gerhard Finke  
Herr Thomas Hahn bis TOP 14  
Herr Dr. Thomas Handke ab TOP 4 bis TOP 16  
Herr Dieter Herter  
Herr Carsten Lenz  
Herr Uwe Seitz  
Frau Ina Siemers  
Herr Karsten Vollmar  
Herr Bernd Wennemuth  
Frau Marie-Therese Bastubbe  
Herr Andreas Rey  
Herr Jan-Ulrich Saal  
Herr Thomas Schaffert  
Frau Silvia Schoenemann  
Herr Hartmut Ziehn  
Herr Frank Berg bis TOP 15  
Herr Bernd Böhle  
Herr Björn Diegel  
Herr Hans-Heinrich Jäger  
Herr Rolf Malachowski  
Herr Karl-Heinz Hüter  
Herr Werner Kubetzko  
Herr Hans-Jürgen Schülbe  
Herr Bernd Stumpf  
Herr Gerd Hartung  
Herr Hartmut Sippel  
Herr Friedrich-Wilhelm von Baumbach  
Frau Andrea Zietz  
Herr Michael Barth  
Herr Karl-Heinz Jordan  
Herr Armin Leckel  
Herr Jürgen Richter

Herr Horst Zanger

**vom Magistrat**

Herr Thomas Fehling  
Herr Gunter Grimm  
Herr Günter Exner  
Frau Antje Fey-Spengler  
Herr Dr. Rolf Göbel  
Herr Eckhard Hild  
Frau Renate Hucke  
Herr Hans Georg Vierheller  
Frau Birgit zum Winkel

**Schriftführer**

Herr Rudolf Dahinten

**von der Verwaltung**

Herr Meik Ebert  
Herr Wilfried Herzberg  
Frau Anke Hofmann  
Herr Jerome Sauer  
Herr Werner Steidel  
Herr Johannes van Horrick  
Herr Felix Wimhöfer

**Entschuldigt:**

**Mitglieder**

Herr Sahin Cenik  
Frau Anisa Tiza Mimun  
Herr Lars Olaf Ullrich  
Herr Jochen Kreissl

**Tagesordnung:**

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 01.02.2018**
- 4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**
- 5. Anbau von zwei Krippengruppen an die Kindertagesstätte der Martinskirchengemeinde**  
0702/19/1

6. **Haushaltssatzung 2018**  
0694/19
7. **Teilnahme an der "Hessenkasse"**  
0693/19
8. **Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2017 des Eigenbetriebes Kurbetrieb Bad Hersfeld**  
0680/19
9. **Beschluss der Satzung des Bebauungsplans SO 10 "Sorga - Unter dem Dorf"**  
0603/19
10. **4. Änderungssatzung zur Stellplatz- und Ablösesatzung**  
0690/19/1
11. **Antrag der Fraktion FWG/Die Linke betreffend Erstellung eines Konzeptes zur Optimierung der Sicherheitsausstattung und der regelmäßigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten der Ordnungsdienste**  
0691/19
- 11.1. **Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion**
12. **Antrag der FWG/Die Linke Stadtverordnetenfraktion betreffend gemeinsame Archiv im geplanten Neubau Antoniengasse**  
0704/19
13. **Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Teilnahme an der Offensive "Land hat Zukunft"**  
0685/19
- 13.1. **Antrag auf Erledigung**
14. **Antrag der SPD, CDU, Grüne/NBL, FDP, UBH, FWG/Die Linke - Stadtverordnetenfraktionen betreffend "Resolution Straßenausbau-beiträge"**  
0712/19
15. **Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Einrichtung einer Beschwerdestelle im Fachbereich Festspiele der Stadt Bad Hersfeld**  
0713/19
16. **Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Auflösung des Eigenbetriebs "Kurbetrieb Bad Hersfeld" zum 31.12.2018**  
0714/19

- 16.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion**
- 16.2. Antrag auf Erledigung**
- 17. Anfrage der FWG-Die Linke-Stadtverordnetenfraktion betreffend Konrad-Duden-Stadtbibliothek**  
AF/0042/19
- 18. Anfrage der FWG-Die Linke-Stadtverordnetenfraktion betreffend Stadtmuseum**  
AF/0043/19
- 19. Anfrage der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend versteckte Zulagenzahlungen für einige städt. MitarbeiterInnen**  
AF/0044/19
- 20. Anfrage der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend "wortreich"**  
AF/0045/19
- 21. Beantwortung der Anfrage FWG-Die Linke-Fraktion gemäß § 16 der Geschäftsordnung betreffend Nachfrage zum aktuellen Bearbeitungsstand von zwei laufenden Anfragen**  
AF/0036/19/1
- 22. Beantwortung der Anfrage der FDP-Stadtverordnetenfraktion betreffend Parkgebühren und Bußgelder in der Stadt**  
AF/0041/19/1

Die Sitzung wurde von 20.14 Uhr bis 20.18 Uhr bei TOP 15 unterbrochen.

#### **zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Stadtverordnetenvorsteher, Herr Seitz, eröffnet die heutige Stadtverordnetenversammlung. Er stellt die Beschlussfähigkeit der heute tagenden Stadtverordnetenversammlung fest.

Die Stadtverordneten Cenik, Tiza Mimun, Ullrich und Kreissl haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

#### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Der Ältestenrat empfiehlt folgende Tagesordnungspunkte jeweils mit oder ohne Aussprache zu behandeln:

TOP 5 ohne Aussprache

TOP 6 mit Aussprache  
TOP 7 mit Aussprache  
TOP 8 ohne Aussprache  
TOP 9 ohne Aussprache  
TOP 10 ohne Aussprache, aufgerufen wird die Drucksache 0690/19/1  
TOP 11 Antrag  
TOP 12 Antrag  
TOP 13 Antrag  
TOP 14 Antrag  
TOP 15 Antrag  
TOP 16 Antrag  
TOP 17 Anfrage  
TOP 18 Anfrage  
TOP 19 Anfrage  
TOP 20 Anfrage  
TOP 21 Beantwortung einer Anfrage  
TOP 22 Beantwortung einer Anfrage

**zu 3      Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 01.02.2018**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor.

**zu 4      Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

Herr Seitz erläutert, dass sich der Ältestenrat mit der Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes beschäftigt hat, aus diesem Grunde liegt jeder Fraktion ein Abfrageblatt vor, welches bitte ausgefüllt werden soll.

**zu 5      Anbau von zwei Krippengruppen an die Kindertagesstätte der Martinskirchengemeinde  
0702/19/1**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt einstimmig Zustimmung.

### **Beschluss:**

Die Erhöhung der Baukosten von 545.000,00 EURO auf 705.000,00 EURO wird zur Kenntnis genommen.

Die Finanzierung des städtischen Anteils in Höhe von 220.000,00 EURO als zinsloses Darlehen der Landeskirche wird beschlossen. Die Rückzahlung erfolgt in jährlichen Raten in Höhe von 22.000,00 EURO ab dem Jahr 2019, die über die Betriebskostenabrechnung zu zahlen sind. Ein entsprechender Vertrag ist zu schließen. Eine darüberhinausgehende Finanzierung wird ausgeschlossen. Das im Finanzhaushalt 2018 vorgesehene Investitionsbudget wird abgesetzt.

**einstimmig beschlossen**

### **zu 6      Haushaltssatzung 2018             0694/19**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat Kenntnis genommen..

### **Beschluss:**

Die Genehmigungsverfügung des Landrats vom 13.02.2018 wird zur Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 7      Teilnahme an der "Hessenkasse"             0693/19**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt einstimmig Zustimmung.

### **Beschluss:**

Das Angebot des Landes zur Kassenkreditschuldung nach dem Ersten Teil des HESSENKASSE-Gesetzes wird angenommen.

Die Kreisstadt Bad Hersfeld verpflichtet sich, den Ergebnis- und Finanzhaushalt in Planung und Rechnung ab dem Jahr 2019 nach § 92 Abs. 4 bis 6 HGO auszugleichen sowie die Vorgaben zu den Liquiditätskrediten nach § 105 HGO zu beachten. Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden die Zahlungen der ordentlichen Tilgung und der Beitrag zum Sondervermögen HESSENKASSE grundsätzlich aus Mitteln der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet und somit eine Fremdfinanzierung vermieden.

Die Kreisstadt Bad Hersfeld verpflichtet sich des Weiteren, nach Maßgabe des HESSENKASSE-Gesetzes einen jährlichen Beitrag von 25 € je Einwohner an das Sondervermögen HESSENKASSE zu leisten.

Der Magistrat wird beauftragt, nach Maßgabe des vorgenannten einen Antrag auf Teilnahme an dem Entschuldungsprogramm der HESSENKASSE an das Finanzministerium zu richten, die hierfür erforderlichen Verpflichtungserklärungen unverzüglich zu übersenden und die Bestandskraft eines entsprechenden Bewilligungsbescheides durch Erklärung des Rechtsbehelfsverzichts unmittelbar herbeizuführen.

Der Magistrat wird des Weiteren beauftragt, die zur Umsetzung der Kassenkreditschuldung erforderliche Ablösungsvereinbarung mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) zu schließen, in der insbesondere die zur Ablösung vorgesehenen Kassenkredite aufgeführt sowie die Ablösungszeitpunkte und die Ablösungsmodalitäten geregelt und für den Fall, dass Zinsdienst- und Entschuldungshilfen beantragt und gewährt werden, die Kassenkredite aufgeführt und die Zahlungen festgelegt sind.

#### **mehrheitlich beschlossen**

Mehrheitlich beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Grüne/NBL-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion und drei Stimmen der FWG/Die Linke-Fraktion, bei einer Gegenstimme aus der FWG/Die Linke-Fraktion.

#### **zu 8      Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2017 des Eigenbetriebes Kurbetrieb Bad Hersfeld 0680/19**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt einstimmig Zustimmung.

#### **Beschluss:**

Es wird beschlossen, die Pflichtprüfung für das Wirtschaftsjahr 2017 der

**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH,  
Friedrichstr. 11 in 34117 Kassel**

zu übertragen.

**einstimmig beschlossen**

#### **zu 9      Beschluss der Satzung des Bebauungsplans SO 10 "Sorga - Unter dem Dorf" 0603/19**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt empfiehlt einstimmig Zustimmung.

#### **Beschluss:**

Es wird festgestellt, dass alle Anregungen der Träger öffentlicher Belange und der Bürgerinnen und Bürger eingearbeitet und / oder beantwortet wurden. Einwendungen oder Anregungen wurden danach nicht mehr erhoben.

Es wird der Bebauungsplan SO 10 „Sorga – Unter dem Dorf“ mit Begründung gemäß §§ 10 und 12 BauGB i. V. mit den §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.

**einstimmig beschlossen**

**zu 10      4. Änderungssatzung zur Stellplatz- und Ablösesatzung  
0690/19/1**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt den geänderten Beschlussvorschlag einstimmig.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt empfiehlt den geänderten Beschlussvorschlag einstimmig.

**Beschluss:**

Der Beschluss vom 16.11.2017 wird dahingehend geändert, dass der Magistrat umgehend eine Überarbeitung der Stellplatzsatzung anhand der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes unter Beachtung der Zielsetzung des Beschlusses vom 16.11.2017, der neuen HBO 2018 und der Vorgaben des Justizars vornimmt.

**einstimmig beschlossen**

**zu 11      Antrag der Fraktion FWG/Die Linke betreffend Erstellung eines  
Konzeptes zur Optimierung der Sicherheitsausstattung und der  
regelmäßigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten  
der Ordnungsdienste  
0691/19**

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Erstellung eines Konzeptes mit dem Ziel zur Optimierung der passiven Sicherheitsausstattung unserer Beschäftigten der Ordnungsdienste im Außendienst.
2. Erstellung eines Konzeptes mit dem Ziel zur Optimierung der regelmäßigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten der Ordnungsdienste, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) mit anderen Kommunen.
3. Optimierung der eingesetzten Arbeitsmittel im Bereich der Ordnungsdienste.

Dieses Konzept ist mit der zuständigen Berufsgenossenschaft abzustimmen.

**einstimmig beschlossen in der geänderten Fassung**



### **zu 11.1 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion**

Herr Herter stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag um einen weiteren Satz zu erweitern.

Herr Richter von der antragstellenden Fraktion übernimmt den Zusatz in seinen Antrag.

#### **Beschluss:**

Dieses Konzept ist mit der zuständigen Berufsgenossenschaft abzustimmen.

### **zu 12 Antrag der FWG/Die Linke Stadtverordnetenfraktion betreffend gemeinsame Archiv im geplanten Neubau Antoniengasse 0704/19**

#### **Beschluss:**

Die Fraktion FWG / DIE LINKE beantragt gemäß § 12 d der Geschäftsordnung, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragen möge.

1. Konkrete Gespräche mit dem Landkreis Hersfeld – Rotenburg zum gemeinsamen Betrieb eines Archives im geplanten Neubau, Sanierungsgebiet E (Antoniengasse) zu führen.
2. Erstellung einer Beschlussvorlage zum gemeinsamen Betrieb eines Archives mit Berücksichtigung des Förderprogramm „Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport“

**zurückgezogen**

### **zu 13 Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Teilnahme an der Offensive "Land hat Zukunft" 0685/19**

#### **Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, sich zeitnah mit der Hessischen Landesregierung in Verbindung zu setzen und sich für eine Teilnahme an der Offensive „Land hat Zukunft“ sowie für eine mögliche Zentralisierung von Teilen der Landesfinanzbehörde in Bad Hersfeld zu bewerben.

**auf Antrag für erledigt erklärt**

### **zu 13.1 Antrag auf Erledigung**

Herr Vollmar stellt den Antrag, den Antrag für erledigt zu erklären.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird für erledigt erklärt

Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die UBH-Fraktion und die FWG/Die Linke-Fraktion, gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion und drei Mitglieder der Grüne/NBL-Fraktion, der Stimme enthalten haben sich zwei Mitglieder der Grüne/NBL-Fraktion.

### **zu 14 Antrag der SPD, CDU, Grüne/NBL, FDP, UBH, FWG/Die Linke - Stadtverordnetenfraktionen betreffend "Resolution Straßenausbaubeiträge" 0712/19**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld beschließt folgende Resolution und bittet den Magistrat, den Beschluss an die hessische Landesregierung, den hessischen Landtag sowie die Fraktionen des hessischen Landtages weiterzugeben zur entsprechenden Kenntnisnahme und ggf. weiteren Veranlassung.

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“

Für die SPD-Stadtverordnetenfraktion  
Karsten Vollmar,  
Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Stadtverordnetenfraktion  
Andreas Rey  
Fraktionsvorsitzender

Für die Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion  
Andrea Zietz  
Fraktionsvorsitzende

Für die FDP-Stadtverordnetenfraktion  
Bernd Böhle  
Fraktionsvorsitzender

Für die UBH-Stadtverordnetenfraktion  
Hans-Jürgen Schülbe  
Fraktionsvorsitzender

Für die FWG/Die Linke-Stadtverordnetenfraktion  
Jürgen Richter  
Fraktionsvorsitzender

### **einstimmig beschlossen**

#### **zu 15     Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Ein- richtung einer Beschwerdestelle im Fachbereich Festspiele der Stadt Bad Hersfeld 0713/19**

Herr Richter stellt den Antrag, den Sachverhalt zunächst an den Ausschuss für Bildung und Kultur zur weiteren Beratung zu verweisen.

Nach der Abstimmung stellt der Stadtverordnetenvorsteher fest, dass der Bürgermeister mündlich dem Beschluss widersprochen hat, eine Begründung wurde noch nicht abgegeben.

#### **Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, für den Fachbereich Festspiele noch für die Saison 2018 eine Beschwerdestelle einzurichten, diese mit einer entsprechend qualifizierten Vertrauensperson zu besetzen und den Festspielschaffenden deutlich zu benennen. Diese Vertrauensperson soll etwaige Konfliktfälle frühzeitig und situationsgerecht aufnehmen und ihnen entgegenwirken. Damit sollen Belästigungen, seien sie sexistisch, diskriminierend oder autoritätsmissbrauchend, möglichst verhindert, zumindest aber aufgelöst werden.

#### **mehrheitlich beschlossen**

Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die Grüne/NBL-Fraktion und ein Mitglied der FWG/Die Linke-Fraktion, gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, der UBH-Fraktion, drei Mitglieder der FDP-Fraktion und ein Mitglied der FWG/Die Linke-Fraktion, der Stimme enthalten haben sich 2 Mitglieder der FDP-Fraktion und 2 Mitglieder der FWG/Die Linke-Fraktion.

#### **zu 16     Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Auf- lösung des Eigenbetriebs "Kurbetrieb Bad Hersfeld" zum 31.12.2018 0714/19**

**Beschluss:**

**auf Antrag für erledigt erklärt**

**zu 16.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Herr Lenz stellt einen Ergänzungsantrag

**Beschluss:**

Der Eigenbetrieb „Kurbetrieb Bad Hersfeld“ wird mit Wirkung zum 31. Dezember 2018 aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben des Eigenbetriebes „Kurbetrieb Bad Hersfeld“ werden in die Stadtverwaltung überführt.

Der Magistrat wird beauftragt die nötigen Beschlüsse für die Auflösung des Eigenbetriebes „Kurbetrieb Bad Hersfeld“ mit Wirkung zum 31.12. vorzulegen und die bisherigen Aufgaben des Eigenbetriebes „Kurbetrieb Bad Hersfeld“ in die Stadtverwaltung zu überführen.

**zu 16.2 Antrag auf Erledigung**

Herr Böhle stellt den Antrag, den Antrag für erledigt zu erklären.

**Beschluss:**

Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die UBH-Fraktion und die FWG/Die Linke-Fraktion, gegen den Antrag stimmen die SPD-Fraktion und die Grüne/NBL-Fraktion.

**zu 17 Anfrage der FWG-Die Linke-Stadtverordnetenfraktion betreffend  
Konrad-Duden-Stadtbibliothek  
AF/0042/19**

**Beschluss:**

**verwiesen in Magistrat**

**zu 18 Anfrage der FWG-Die Linke-Stadtverordnetenfraktion betreffend  
Stadtmuseum  
AF/0043/19**

**Beschluss:**

**verwiesen in Magistrat**

**zu 19**      **Anfrage der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend versteckte Zulagenzahlungen für einige städt. MitarbeiterInnen**  
**AF/0044/19**

**Beschluss:**

**verwiesen in Magistrat**

**zu 20**      **Anfrage der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend "wortreich"**  
**AF/0045/19**

**Beschluss:**

**verwiesen in Magistrat**

**zu 21**      **Beantwortung der Anfrage FWG-Die Linke-Fraktion gemäß § 16 der Geschäftsordnung betreffend Nachfrage zum aktuellen Bearbeitungsstand von zwei laufenden Anfragen**  
**AF/0036/19/1**

**Beschluss:**

Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

**Beantwortung erledigt**

**zu 22**      **Beantwortung der Anfrage der FDP-Stadtverordnetenfraktion betreffend Parkgebühren und Bußgelder in der Stadt**  
**AF/0041/19/1**

**Beschluss:**

Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

**Beantwortung erledigt**

gez. Lothar Seitz  
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Rudolf Dahinten  
Protokollführer